

Merkels Atommärchen und Steinmeiers Schweigen

Asse, Gorleben, Krümmel – trotz der fast täglichen Meldungen über neue Atomskandale setzen CDU und FDP weiter auf Atomenergie. Im TV-Duell mit Frank-Walter Steinmeier bekräftigte Bundeskanzlerin Merkel, die Laufzeiten der Atomkraftwerke über das Jahr 2020 hinaus verlängern zu wollen. Steinmeier hätte Merkels Argumente eindeutig widerlegen können, tat es aber nicht. Wir holen dies nach.

Längere Laufzeiten der Atomkraftwerke blockieren Ausbau erneuerbarer Energien

Merkels erstes Argument: „Kernenergie wird als Brückentechnologie benötigt, bis ausreichend erneuerbare Energien verfügbar sind“. Eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ist keine Brücke ins solare Zeitalter, sondern eine Weichenstellung gegen den Ausbau erneuerbarer Energien. Beide Technologiepfade sind nicht miteinander vereinbar. Zukünftig steigende, aber je nach Wetterlage und Tageszeit stark schwankende Strommengen aus erneuerbaren Energien müssen durch schnell zuschaltbare Kraftwerke ergänzt werden. Dazu sind technisch nur Gaskraftwerke oder Zusammenschlüsse kleinerer Blockheizkraftwerke in der Lage. Atom- und Kohlekraftwerke sind zu behäbig für die Energieversorgung der Zukunft, da sie nur langsam über mehrere Stunden hoch- und runtergefahren werden können.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung spricht in seiner jüngsten Studie (Mai 2009) daher von einem „Systemkonflikt“ zwischen Atom- und Kohlekraftwerken einerseits sowie erneuerbaren Energien andererseits. Ebenso Hermann Albers, der Präsident des Bundesverband WindEnergie: „Atom- und Kohlekraftwerke können sich dem System der erneuerbaren Energien nicht anpassen, das Miteinander der Technologien ist ein Märchen der großen Energiekonzerne.“

Massive Subventionierung der Atomenergie

Merkels zweites Argument: „Erneuerbare Energien sind subventionierte Energien, nur Atomenergie kann akzeptable Energiepreise sicherstellen.“ Was Merkel nicht sagt: Atomenergie ist der am meisten subventionierte Energieträger. Eine aktuelle Studie des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (September 2009) beziffert die direkte und indirekte staatliche Förderung der Atomenergie seit 1950 auf über 165 Milliarden Euro. Dies entspricht einer durchschnittlichen Förderung von 3,9 Cent pro

Kilowattstunde Atomstrom. Unberücksichtigt bleiben dabei die Kosten der Jahrtausende währenden Atommülllagerung, von den Kosten eines atomaren GAU ganz zu schweigen. Zum Vergleich: Die Einspeisevergütung erneuerbarer Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz führte 2008 zu einer Mehrbelastung von 1,1 Cent pro Kilowattstunde.

Vermeintlich billig produzierter Atomstrom wird zudem an der Strombörse teuer verkauft. Die Energiekonzerne streichen jährliche Gewinne von über 300 Millionen Euro pro AKW ein. Bei den Stromkundinnen und -kunden kommt davon nichts an.

Merkel ignoriert atomare Risiken

Was die Kanzlerin nicht sagte: Der Betrieb von Atomanlagen birgt unverantwortlich hohe Risiken, und die Endlagerfrage ist nach wie vor ungelöst. Das Atommülllager Asse ersäuft in einem täglichen Zufluss von 12 500 Litern Wasser und ist akut einsturzgefährdet. Gutachten zur Eignung von Gorleben als Endlager wurden 1983 auf Druck der Kohl-Regierung geschönt. In den 80er und 90er Jahren wurden über 700 Millionen Euro illegal in den Ausbau des Endlagers Gorleben gesteckt, obwohl die Genehmigung nur dessen Erkundung vorsieht.

DIE LINKE will den Ausstieg

DIE LINKE steht für den unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Über 50 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der größten Anti-Atom-Demonstration seit über 20 Jahren am 5. September 2009 in Berlin haben uns darin bestärkt. Zahlreiche Studien belegen: Eine Energieversorgung aus erneuerbaren Energien ohne Atomkraft und ein mittelfristiger Ausstieg aus der Kohleverstromung sind möglich. Damit dies Realität wird, will DIE LINKE das Kartell der Energiekonzerne entflechten und die Energieversorgung unter demokratische Kontrolle stellen.

▪ Weitere Informationen:

- Argument der Woche „Atomenergie: teuer und gefährlich“ (7. Juli 2009).
- Erklärung des Parteivorstands „Raus aus der Atomkraft! Erneuerbare Energien statt Atomphantasien“ (August 2009)

Redaktionsschluss: 15. September 2009